

Nr. 645113
1994-04-20

II-13299 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A n f r a g e

der Abgeordneten Mag. Kukacka, Murauer
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Verwendung von Postfahrzeugen für
Parteiveranstaltungen

Medienberichten ist zu entnehmen, daß die SPÖ-Gewerkschaftsfraktion der Post- und Fernmeldebediensteten für den Mai-Aufmarsch der SPÖ Linz diverse Postfahrzeuge, die im Demonstrationszug mitfahren sollen, einsetzen will. Dieser Einsatz wurde bereits vom Präsidenten der Post- und Telegraphendirektion Oberösterreich, Mag. Siegfried Lackinger, als "Fahrt für die Personalvertretung" genehmigt, obwohl es sich um eine eindeutig parteipolitische Veranstaltung handelt und keinerlei Beschlüsse der zuständigen Gremien der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten vorliegen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

Anfrage:

- 1) Ist es üblich, daß Postfahrzeuge als Aufputz für parteipolitische Veranstaltungen verwendet werden?

- 2) Sind in früheren Jahren Postfahrzeuge in Oberösterreich für den Mai-Aufmarsch eingesetzt worden?
Wenn ja, in welchen Jahren, und wurden die Kosten dafür in Rechnung gestellt?
- 3) Warum werden derartige Einsätze als "Fahrt für Personalvertretung" gewertet, obwohl sie nur von einer Fraktion der Personalvertretung gewünscht werden und überdies keinerlei Beschlüsse der zuständigen gewerkschaftlichen Gremien vorliegen?
- 4) Ist es innerhalb der Post Usus, daß – wie in Oberösterreich geschehen – der zuständige Post-Präsident in seinem Antwortschreiben an die sozialdemokratische Gewerkschaftsfraktion von einem "Ersuchen der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten, Landesgruppe Oberösterreich" spricht?
- 5) Trifft es zu, daß üblicherweise Postbedienstete für derartige Veranstaltungen auf Überstundenbasis entlohnt werden?
Wenn ja, werden diese Kosten der SPÖ-Gewerkschaftsfraktion weiterverrechnet?
- 6) In welcher Höhe und unter Zugrundelegung welcher Kalkulationen werden die eingesetzten Fahrzeuge der SPÖ-Gewerkschaftsfraktion in Rechnung gestellt?
- 7) Dürfen Postbedienstete in ihrer Freizeit Postfahrzeuge in Betrieb nehmen?
- 8) Wie sieht die Rechtslage hinsichtlich der Haftung für Unfälle und Verletzungen der beteiligten Postbediensteten sowie für Schäden an den Fahrzeugen bei derartigen Veranstaltungen aus?

- 3 -

9) Fürchten Sie keinen Schaden für das Unternehmen Post, wenn öffentliches Eigentum für parteipolitische Zwecke eingesetzt wird?

Meßblatte, an der die innerösterreichische Solidarität mit der Landwirtschaft gemessen werde, erklärte der Bauernbundobmann. Daß es beim EU-Beitritt keine Verlierer geben dürfe, gelte nicht nur für die Bauern. Es sei aber klar, daß die Landwirtschaft am meisten betroffen sei und aufgrund der europaweit geltenden Marktregeln auch wenig Ausweichspielraum habe.

Hofinger unterstrich auch, daß die Bauernforderungen „nicht überzogen“ seien: Man wolle schließlich nur das halten können, was man heute schon besitze – alle Sozialpartner und politischen



Hofinger: Strompreissenkung für die Bauern wäre ein Zeichen der Solidarität.

Foto: Laresser

Postfahrzeuge sollen den Mai-Aufmarsch der SPÖ in Linz „aufmöbeln“

1. Mai sorgt für Unruhe bei der Post

LINZ – Schon einen Monat vorher sorgt der heurige 1. Mai für große Unruhe bei Oberösterreichs Post: Grund dafür ist der Plan der SP-Fraktion der Postgewerkschaft, beim Mai-Aufmarsch der SPÖ in Linz im Demonstrationszug auch zahlreiche Postfahrzeu-

Von Michael Herb

Vom Postbus angefangen über einen Paketwagen bis hin zum Unimog mit Kabelrollen soll nach den Vorstellungen der SP-Postgewerkschafter je ein Exemplar der verschiedenen Postfahrzeuge den Maiaufmarsch der SP in Linz verstärken. Wobei die Lenker, so SP-Fraktionschef Manfred Schindorfer im diesbezüglichen Ansuchen, sich „auf freiwilliger Basis“ zur Verfügung gestellt haben – daß sie dies auch unentgeltlich machen, davon sei nicht die Rede, wird in der Postbelegschaft

hinter vorgehaltener Hand geäfftzt. Doch nicht nur das sorgt für Unmut, sondern auch, daß Postdirektor Siegfried Lackinger diesem Wunsch so bereitwillig nachgekommen ist: Er hat schon Anweisung gegeben, daß die angesprochenen Fahrzeuge am 1. Mai „um 8.45 Uhr in gereinigtem Zustand am Hessenplatz gestellt sein müssen“. Angeordnet wurde weiters, daß dieser Einsatz als „Fahrt für die Personalvertretung“ gewertet werden soll – was üblicherweise nur möglich ist, wenn es die gesamte Gewerkschaft betrifft und nicht nur eine Fraktion. Entsprechende Be-

ge mitzuführen. Der öö. Postdirektor hat dies bereits genehmigt, doch viele Bedienstete sehen darin einen Mißbrauch von öffentlichem Eigentum für parteipolitische Zwecke und fürchten, dadurch in der Öffentlichkeit negativ ins Gerede zu kommen.

schlüsse der Gesamtgewerkschaft der Post gibt es jedenfalls nicht. Für viele Bedienstete macht sich ihr Direktor damit zum reinen Erfüllungsgehilfen der SP-Personalvertreter – zum Schaden des ganzen Unternehmens, das in der öffentlichen Meinung auch so genug gebeutelt werde. Nicht zuletzt deswegen sollen einige Dienststellenleiter bereits angekündigt haben, ihre Mithilfe bei diesem Vorhaben zu verweigern. Verschiedene leitende Mitarbeiter hätten, wie es heißt, auch schon bei Postdirektor Lackinger vorgesprochen und ihn dringend ersucht, das Ganze zu stoppen.

Stöger &

Dem Mühlviertagsabgeordneten läßt sein Vorschlag dafür zu sonderte, die im Lande nur für tatsächliche Arbeitsleistung eine Rente. Was entpuppte sich doch als peinlich. Denn Stöger wußt, daß gerade von allen betroffenen praktizierte die Hälfte des Landes rufen hat, in der die volle Leistung erbringen. Was zweifelt wird, ist neben nicht nur sondern auch nichttätig. Wobei er die Verschärfte Stöger aber, wie an VP-Klubchef für „soziale Zwecke“ in seinem Schriftsteller weiterhin nicht „Steine zu werfen nur für „Ksorgen. Genau Hiesl in seinem Stöger könnte Verhältnisse“ durch die Rückspringlichen Vorsitz seines Landesreichen. Denn die für den Beiträger sei eine Erwerbsfähigkeit von Stöger an gung einer erung beim Landständlicher sei,